

DAS „LIST-IGE“ JAPAN – STOFF FÜR EINE UNENDLICHE GESCHICHTE?

David WILLIAMS: *Japan: beyond the end of history*. London: Routledge, 1994. 238 S.

Besprochen von Franz WALDENBERGER

Es gibt wohl wenige Bücher, mit deren Aussage man in wichtigen Punkten nicht übereinstimmt, von denen man sich aber dennoch wünscht, daß sie von einem informierten Publikum gelesen und diskutiert werden. WILLIAMS hat ein solches Buch geschrieben. In provozierender und origineller Form bietet er Zündstoff für Diskussionen über Fragen, die zwar an der „japanischen Erfahrung“ ansetzen, in der Zielrichtung bzw. in ihren Implikationen aber darüber hinausgehen: Wie definiert sich die Rolle des Staates in der japanischen Wirtschaft? Wie entscheidend war sie für den wirtschaftlichen Erfolg Japans? Erzwingt die japanische Erfahrung ein Umdenken in bezug auf die Aufgabenverteilung zwischen Staat und Wirtschaft in modernen Wirtschaftssystemen? Gibt es ein japanisches Modell, das nach dem Scheitern sozialistischer Planwirtschaftsmodelle als einzige reale Alternative zu einem Kapitalismus westlicher Prägung übrig bleibt? Widerlegt das Zustandekommen des japanischen Wirtschaftswunders nicht die zentralen Thesen der modernen Ökonomie und Politologie, wonach wirtschaftlich erfolgreiche Systeme nur auf den Pfeilern des Individualismus und einer funktionsfähigen Demokratie, die wechselnde Mehrheiten zuläßt, errichtet werden können?

WILLIAMS versteht sein Buch als Einleitung in das politische System Japans. Er richtet sich an jene „intelligenten Erwachsenen“, die wissen wollen, wie das gegenwärtige Japan unser Verständnis des Zusammenspiels zwischen Wirtschaft und Politik verändert hat. Für den Autor selbst steht fest: Japan bietet eine entwicklungs- und ordnungspolitische Alternative. Nach WILLIAMS' Ansicht widerlegt die japanische Erfahrung die Hypothese, daß nach dem Zerfall kommunistisch planwirtschaftlicher Systeme nur noch die freie Marktwirtschaft als Entwicklungsmodell Bestand habe. Japan wird damit für ihn zum Garant dafür, daß Geschichte eben noch nicht, wie Francis FUKUYAMA (1992) meint, zu Ende ist.

WILLIAMS' Thesen lassen sich im einzelnen wie folgt zusammenfassen: (1) Japans Aufstieg zu einer „wirtschaftlichen Großmacht“ basierte auf

einer Wirtschaftspolitik, die in ihren Grundzügen nationalistisch bzw. merkantilistisch ausgerichtet war. (2) Japans Erfolg gründete des weiteren darauf, daß wirtschaftspolitische Entscheidungsprozesse nicht von Politikern, sondern von ausgezeichnet geschulten Wirtschaftsbürokraten dominiert wurden. (3) Die Einschätzung vieler Beobachter, für die das Japan der 80er und 90er Jahre liberale Züge und Entwicklungstendenzen aufweist, teilt der Autor nicht. Er sieht die wesentlichen Elemente des polit-ökonomischen Systems Japans – ökonomischer Nationalismus und die bürokratische Dominanz wirtschaftspolitischer Entscheidungsprozesse – weiterhin gewahrt. (4) Für WILLIAMS stellt der Erfolg des japanischen Modells das Ideengebäude der westlichen Wirtschafts- und Politikwissenschaften ernsthaft in Frage. Die japanische Erfahrung zeige, daß Individualismus, freie Märkte und das Primat der Politik über die Bürokratie nicht die einzigen Entwicklungsalternativen moderner, überlebensfähiger Gesellschaftssysteme sind.

FRIEDRICH LIST VERSUS ADAM SMITH

WILLIAMS' Beschreibung der japanischen Wirtschaftspolitik als nationalistisch und bürokratisch-technokratisch ist weitgehend zuzustimmen. Dies gilt nicht nur für die zu Beginn der wirtschaftlichen Aufholjagd gegenüber dem Westen verfolgte Politik, die in der Mitte der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts ihren Anfang nahm. Das Etikett „nationalistisch“ trifft, obgleich in stark verändertem weltpolitischen Kontext, auch auf die nach dem Zweiten Weltkrieg insbesondere bis in die 60er Jahre hinein praktizierte Außenhandelspolitik zu. Danach dürften die Meinungen jedoch auseinandergelassen. Schrittweise Zolllsenkungen und Liberalisierungen des Kapitalverkehrs machen Japan heute auf dem Papier zu einem der offensten Märkte der Welt und zu einem Verfechter der Freihandelsidee auf dem internationalen Verhandlungsparkett. Ähnliches läßt sich über das Merkmal „bürokratisch-technokratisch“ sagen. Die seit Mitte der 80er Jahre im Inland erfolgten Privatisierungs- und Deregulierungsmaßnahmen sowie das jüngst verabschiedete Verwaltungsverfahrensgesetz (*Gyōsei tetsuzuki hō*) können als Hinweise dafür gewertet werden, daß staatliche Politik auch im Bereich der Binnenwirtschaft auf weniger direkte Kontrolle bzw. umgekehrt auf eine bessere Kontrolle des Verwaltungshandelns setzt.

Dennoch, zumindest für die Zeit des japanischen Wirtschaftswunders, d. h. für die Phase des Hochwachstums zwischen 1955 und 1973, in der die japanische Wirtschaft jährlich real um durchschnittlich mehr als neun Prozent wuchs, ist WILLIAMS zuzustimmen. Was folgt nun aber aus dieser

Feststellung? WILLIAMS zufolge Revolutionäres. Die klassische Ökonomie proklamiert bekanntlich eine liberale Wirtschaftsordnung nach Innen und Außen als die beste Wirtschaftspolitik zur Mehrung des Volkswohlstands. Japan ist diesem Ratschlag von Adam Smith und David Ricardo nicht gefolgt. Stattdessen scheint es die Lehre des deutschen Ökonomen Friedrich LIST (1922) verinnerlicht zu haben. Dessen Hauptwerk *Das nationale System der Politischen Oekonomie* aus dem Jahr 1841 lag bereits Ende der 80er Jahre des letzten Jahrhunderts in japanischer Übersetzung vor und übte, wie Tessa MORRIS-SUZUKI (1989) darlegt, einen maßgeblichen Einfluß auf das Denken der Wirtschaftsbürokratie des jungen japanischen Staates aus. List war nicht nur ein Verfechter der Idee des Deutschen Zollvereins (gegr. 1833) gewesen, sondern war auch für eine allgemeine Schutzzollpolitik eingetreten, die er als notwendiges Mittel zur Förderung der Industrialisierung betrachtete. Bedeutet Japans Wirtschaftserfolg, daß List recht hatte, Smith und Ricardo dagegen irrten?

Zunächst muß man sich hierzu Lists Politikvorschlag sowie die japanische Wirtschaftsverfassung genauer vor Augen führen. List knüpft an die Schutzzollpolitik die Bedingung, daß durch die Dämpfung bzw. den Ausschluß ausländischer Konkurrenz der Wettbewerb auf dem Binnenmarkt nicht unverhältnismäßig beschränkt werden darf. Japan konnte diese Voraussetzung aufgrund seines außerordentlich großen Binnenmarktes, der gemessen an der Bevölkerungszahl etwa doppelt so groß ist wie der Binnenmarkt der alten Bundesrepublik, besser erfüllen als andere Länder. Das außerordentliche Wachstumspotential des japanischen Marktes, der Zugang zu neuen Technologien, die Verfügbarkeit qualifizierter Arbeitskräfte sowie eine hohe inländische Ersparnis trugen das ihre zur Förderung der Wachstums- und Wettbewerbsstrategien japanischer Unternehmen bei. Zu erwähnen ist hierbei außerdem der besondere Aufbau der japanischen Industrie. Japans Volkswirtschaft wird wie kaum eine andere von kleinen und mittleren Unternehmen getragen. Hierin drückt sich nicht nur die erhebliche Flexibilität des industriellen Produktionsaufbaus aus. Das besondere Gewicht kleiner und mittlerer Unternehmen wird auch im wirtschaftspolitischen Entscheidungsprozeß wirksam, indem es eine breitere Streuung staatlicher Fördermittel erzwingt. Tatsächlich erfolgte die Zuteilung staatlicher Fördermittel keineswegs so rational-selektiv, wie es sich einige Wirtschaftsplaner wohl gewünscht hätten.¹

¹ BEASON und WEINSTEIN (1994) fanden in ihrer quantitativen Analyse der japanischen Industriepolitik eine deutliche Streuung staatlicher Fördermaßnahmen (Subventionen, Protektion, Steuererleichterungen) über alle Industrien des Produzierenden Gewerbes hinweg.

Die knappen Hinweise sollen zeigen, daß es äußerst verfehlt ist, Japans Wirtschaftserfolg auf seine Industriepolitik zu reduzieren. Dennoch: Mit seiner in der Hochwachstumsphase betriebenen Wirtschaftspolitik, die man unter den Slogan „Wettbewerb nach Innen – Schutzpolitik nach Außen“ fassen könnte, weist sich das Land als scheinbar vorzüglicher List-Schüler aus. Dies gilt im übrigen auch für die Phase nach 1973, insbesondere für die Öffnung der Wirtschaft nach Außen und den dadurch implizierten Wandel vom Protektionismus zum Liberalismus. Japan scheint seine List-Lektion an dieser Stelle besser gelernt zu haben als WILLIAMS. List empfiehlt die Schutzzollpolitik tatsächlich nur für die Phase, während der ein Land einen Entwicklungsrückstand gegenüber anderen Volkswirtschaften aufholt. Unter Ländern mit gleichem Entwicklungsstand erkennt auch er Freihandel als die beste Politik an.² WILLIAMS scheint diesen wesentlichen Aspekt in Lists Werk übersehen zu haben.

JAPANISCHER KAPITALISMUS VERSUS WESTLICHER KAPITALISMUS

WILLIAMS' zweite zentrale These besagt, daß das politökonomische Modell Japans eine erfolgreiche Alternative zum westlichen Modell „liberale Wirtschaftsverfassung plus liberale Demokratie“ darstellt. Er sieht diese These als Antwort, genauer gesagt, als Gegenthese zu der von Francis Fukuyama aufgestellten Behauptung, daß das sogenannte westliche Modell ein historisches Endstadium der Entwicklung von Gesellschaftsordnungen schlechthin darstellt. Daß WILLIAMS dieser Auseinandersetzung erhebliche Bedeutung zumißt, zeigt sich in der Wahl des Untertitels seines Buchs und in der Tatsache, daß er hierfür ein eigenes Kapitel reserviert (*Yellow Athena. The Japanese Modell and ,The End of History'*). Mir wurde allerdings nicht ganz klar, was WILLIAMS Fukuyama außer Belesenheit und Eloquenz, die letzterer wohl auch zur Genüge besitzt, entgegensetzen will. Lehnt er das von Fukuyama angewandte Hegelsche Interpretationsmodell ab? Die Antwort hierauf bleibt unklar. Lehnt er lediglich Fukuyamas Modellergebnis ab? Sicherlich ja, aber in welchem Sinne: Läßt das Gleichgewicht im Hegelschen Endstadium zwei Lösungen zu, die japanische und die westliche, oder dominiert am Ende die japanische Lösung?

Ich glaube nicht, daß es erforderlich ist, an dieser Stelle in die historisch-philosophische Diskussion einzusteigen. Man kann die Frage nach der Existenz eines japanischen Modells, von welcher die Kontroverse letzt-

² Insofern ist es falsch, Lists Politikempfehlungen mit denen der Merkantilisten gleichzusetzen, die eine grundsätzlich gegen Freihandel gerichtete Position vertreten.

lich lebt, durchaus getrennt für sich behandeln. Dies hat immerhin den Vorzug, daß man Hegel außen vor lassen kann. Die nunmehr vielleicht eher nüchtern erscheinende Frage birgt jedenfalls immer noch genügend Zündstoff. Schließlich hängt von ihrer Antwort ab, wieviel Ressourcen man außerhalb Japans bereit ist, für die Japanforschung aufzuwenden.

Die Existenz eines japanischen Modells setzt dreierlei voraus. Erstens muß das politökonomische System Japans Besonderheiten aufweisen, die es von politökonomischen Systemen in Ländern gleicher wirtschaftlicher Entwicklungsstufe unterscheiden. Zweitens müssen diese Besonderheiten Japans von einer bestimmten Qualität sein, d. h. es darf sich nicht um eine Verschiedenheit handeln, die man auf der Ebene der Aussage „kein Land gleicht dem andern“ abhandeln kann. Drittens dürfen diese Besonderheiten nicht an Japan gebunden sein, sondern müssen prinzipiell von anderen Staaten übernommen bzw. imitiert werden können, sonst wäre die Bezeichnung Modell unzutreffend. Es dürften vor allem die zweite und dritte Voraussetzung sein, deren Prüfung schwierig ist. Die Japanforschung allein kann diese Probleme wohl nicht lösen. Erforderlich ist vielmehr eine ausgewogene Bestandsaufnahme aller in Frage kommenden Gesellschaftssysteme.

WILLIAMS hat bei seinem historisch-philosophischen Höhenflug natürlich nicht die Zeit, diese Niederungen zu durchforsten. Für ihn ist im übrigen die Sicht klar. Die Höhenluft sei ihm gegönnt. Die Klarheit der Sicht möchte ich allerdings in zwei Punkten in Zweifel ziehen. Der erste Zweifel betrifft die von WILLIAMS unterstellte Kontinuität in der japanischen Politik und bringt uns zurück zu der Frage, welchen Stellenwert der in Japan beobachtbare Trend in Richtung Marktöffnung und Deregulierung besitzt. WILLIAMS ist nur konsequent, wenn er trotz dieser Veränderungen der japanischen Politik einen grundsätzlichen Wandel abspricht. Ein solcher Wandel würde sich nämlich mit der Existenz eines eigenständigen japanischen Modells nur schwer vertragen. Wer, wie ich, WILLIAMS' Kontinuitätsthese ablehnt, sieht das, was WILLIAMS als japanisches Modell versteht, eher als erfolgreiche Entwicklungsstrategie in Listscher Tradition, wobei die Institutionen, die zur Durchführung dieser Strategie entwickelt wurden, inzwischen zwar obsolet sind, aber natürlich nicht von heute auf morgen vollständig über Bord geworfen werden konnten und in ihrem teilweisen Fortbestand den Eindruck der Kontinuität vermitteln können.

Ein zweiter Zweifel setzt an der Auswahl der Kategorien an, an denen WILLIAMS das japanische Modell festmacht: nationalistisch und bürokratisch. Nationalistisch meint hier Förderung und Schutz heimischer Industrien. Ein anderer Aspekt muß hierbei aber auch thematisiert werden: der Wohlfahrtsstaat. Er kommt bei Williams zu kurz. Dies nicht genug, was zwingt uns, die Analyse auf zwei Gesellschaftsmodelle zu beschrän-

ken? Wir können die drei Kategorien Förderstaat, bürokratischer Staat und Wohlfahrtsstaat beliebig kombinieren, um dann reale Systeme einzelnen der neun möglichen Kombinationen zuzuordnen: z. B. Japan als bürokratischer Förderstaat mit unterentwickeltem staatlichen Wohlfahrtsystem, die USA als demokratischer Nichtförderstaat mit ebenfalls unterentwickeltem staatlichen Wohlfahrtssystem, Frankreich als bürokratischer Förderstaat mit entwickeltem staatlichen Wohlfahrtssystem, Deutschland als demokratischer Nichtförderstaat mit entwickeltem staatlichen Wohlfahrtssystem. Die Entweder-Oder-Kategorisierung ist natürlich sehr ungenau und führt möglicherweise zu einer unnötigen Verzerrung der Aussagen. Die Zuordnung innerhalb der Kategorien kann aber ohne weiteres in Form von Rangstufen erfolgen.

Die Frage, welche Rolle dem Staat in entwickelten Industrieländern zukommt, läßt sich so auf jeden Fall differenzierter erörtern als WILLIAMS dies tut. Dazu muß man sie allerdings zuerst aus der historisch-philosophischen Dimension auf die Erde zurückholen.

WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTEN VERSUS JAPANESE STUDIES

WILLIAMS geht es in seinem Buch nicht nur um die Interpretation von Fakten, sondern auch um die Methoden, nach denen Fakten gesammelt bzw. ignoriert und interpretative Schlußfolgerungen gezogen oder verworfen werden. Der Fall „japanische Wirtschaft“ wird zur Auseinandersetzung zwischen Regionalwissenschaft (Japanese Studies) und Methodenfach (Economics). In gewisser Weise lebt hier ein alter Methodenstreit wieder auf, und wieder gibt es eine Verbindung zum Werk Friedrich Lists. List warf den klassischen Ökonomen Quesnay und Smith vor, daß sie eine „kosmopolitische“ Theorie entworfen hätten. Die Realität des Nationalstaates spiele in ihren Theorien keine Rolle. Dies sei ein großer Fehler, da die Entwicklung und Funktionsweise von Volkswirtschaften entscheidend durch die Verfassung des Nationalstaates bestimmt würde. Lists Anliegen in seiner „politischen Ökonomie“ ist es, eben diese Rolle des Nationalstaates zu erfassen. Um hierüber Erkenntnisse zu gewinnen, unternahm er das Studium historischer Fallbeispiele. List gilt damit als Vorläufer der sogenannten „historischen Schule“, die Mitte des 19. Jahrhunderts eine Gegenrichtung zur *main stream*-Wirtschaftstheorie bildete, welche zunehmend abstraktere Forschungsmethoden anwandte.

Folgt man WILLIAMS, und hier folge ich ihm ein gutes Stück, so lebt der in Lists Kritik gegenüber den klassischen Ökonomen angedeutete Methodenstreit in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Phänomen „japanische Wirtschaft“ fort. Überspitzt formuliert stehen sich zwei

Lager gegenüber: auf der einen Seite die Ökonomie mit ihrem „kosmopolitischen“, nationale Eigenarten ignorierenden Erklärungsanspruch, der in Japans Wirtschaftssystem „bereits als richtig“ erkannte Gesetzmäßigkeiten aufzudecken versucht, auf der anderen Seite die Japanese Studies-Gruppe, für die die japanische Wirtschaft quasi eine Wissenschaft für sich ist, und zwar in dem Sinne, daß ihre Erforschung zum Ausgangspunkt der Theoriebildung gemacht wird. Die Auseinandersetzung läuft auf die Frage hinaus, ob Japans Wirtschaft mit den „klassischen Methoden“ der Ökonomie zu ergründen ist, bzw. ob in bezug auf die japanische Wirtschaft andere „ökonomische Gesetze“ gelten.

Vor dem Versuch einer Antwort sei zunächst der Gehalt der Fragestellung genauer untersucht. Meines Erachtens läßt sich dabei die Diskussion bereits erheblich entschärfen. Die Ökonomie bedient sich wie jede andere Wissenschaft der Logik, und in stärkerem Maße als jede andere Gesellschaftswissenschaft benutzt sie dabei die Mathematik als das am weitesten entwickelte logische System. Dieser Aspekt der wissenschaftlichen Methode kann hier nicht zur Diskussion stehen. Ein anderer Aspekt der Methode betrifft die Abstraktion. Abstraktion bedeutet, daß aus realen, sprich zeit- und raumgebundenen Phänomenen diejenigen Elemente herausgehoben werden, von denen man annimmt, daß sie nicht raum- und zeitgebunden sind. Letztlich können nur diese Elemente Gegenstand prüfbarer Hypothesen sein, denn Prüfbarkeit setzt Wiederholbarkeit zu anderer Zeit und an anderem Ort voraus. Auch um die Methode der Abstraktion kann es hier also nicht gehen.

Ein weiterer Aspekt der Methode betrifft die Auswahl des Bedingungsrahmens, in dem Zusammenhänge analysiert werden. Theoretische Aussagen sind zwar zeit- und raumlos, damit aber noch lange nicht bedingungslos. Eine gute wissenschaftliche Arbeit zeichnet sich dadurch aus, daß sie die notwendigen und hinreichenden Bedingungen, auf denen ihre Ergebnisse beruhen, explizit macht. Ohne Kenntnis des Bedingungsrahmens sind Aussagen über die Verwertbarkeit der Ergebnisse nicht möglich. Verwertbarkeit setzt voraus, daß die im Modell unterstellten Annahmen durch die in Raum und Zeit gegebenen Verhältnisse hinreichend erfüllt werden.

Die Methodendiskussion ist sinnvollerweise auf das Problem der adäquaten Wahl eines Bedingungsrahmens zur Analyse der japanischen Wirtschaft zu beschränken. Nur hier kann die Diskussion meines Erachtens fruchtbar geführt werden. Die oben formulierte Streitfrage lautet dann: Passen die „üblichen“ Annahmen der Wirtschaftswissenschaften auf die japanische Wirtschaft? Ich möchte die Frage gleich weiter verallgemeinern: Passen die „üblichen“ Annahmen der Wirtschaftswissenschaften auf irgendeine real existierende Wirtschaft? Die Antwort kurz vorweg:

Die „üblichen“ Annahmen passen wenig, aber man ist sehr bemüht, bessere zu finden.

Die Ökonomie hat sehr lange die Listsche Kritik ignoriert, d. h. sie hat es versäumt, den rechtlich-institutionellen Rahmen bzw. die politischen Nebenbedingungen wirtschaftlicher Entwicklung ausreichend zu thematisieren. Ein Ergebnis ist der geringe empirische bzw. handlungsleitende Gehalt ökonomischer Wachstums- und Entwicklungsmodelle. Der Vorwurf der Ignoranz ist heute allerdings nicht mehr zutreffend. Mit Ronald Coase (1991) und Douglas C. North (1993) wurden in jüngster Zeit zwei Ökonomen mit dem Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften ausgezeichnet, die sich gerade um die Erforschung der Rolle des Rechts und anderer wirtschaftliches Handeln bestimmender Institutionen verdient gemacht haben.

Die explizite Berücksichtigung institutioneller Rahmenbedingungen bei der Analyse von Wirtschaftssystemen führt bereits auf der Ebene der Problemformulierung zu einer wesentlichen Akzentverschiebung. Bei der Diskussion des japanischen Entwicklungsmodells stellt sich der „klassische“ Ökonom die Frage: Wäre Japan mit einer liberalen Handelspolitik nicht besser gefahren? Der „Institutionenökonom“ ist dagegen zunächst geneigt zu fragen: Standen Japan zu Beginn seiner Industrialisierung wirtschaftspolitische Alternativen offen? Es lohnt sich, diese Frage etwas weiter zu verfolgen. Die vordringlichste Aufgabe japanischer Politik nach den politischen wie gesellschaftlichen Umwälzungen der Meiji-Restauration bestand darin, aus den Überbleibseln des ehemaligen Feudalsystems so schnell wie möglich einen modernen Nationalstaat zu formen. Zugleich stand fest, daß der soziale Friede nach Innen und die Unabhängigkeit nach Außen nur durch eine rasche Entwicklung der Wirtschaft des Landes zu erreichen waren. Realpolitisch gab es für Japan wohl keine Alternative, als die nationalen und wirtschaftlichen Ziele in einer nationalistisch geprägten Wirtschaftspolitik in Einklang zu bringen.

Wenn die eben gezogene Schlußfolgerung zutrifft, dann verliert die Frage des „klassischen“ Ökonomen erheblich an Relevanz. Die Einsicht, daß im Falle Japans gewisse historische Zwangsläufigkeiten am Werk waren, führt außerdem zu interessanten Implikationen, wenn man bedenkt, daß die politische und wirtschaftliche Ausgangslage Japans nach der Meiji-Restauration (1868) in ihren Grundzügen keinesfalls eine historische Einmaligkeit darstellt. WILLIAMS weist in seinem Buch auf die parallele deutsche Erfahrung hin. Er erwähnt auch die Verbindung zur heutigen Situation der Staaten in Osteuropa. Bieten die japanische und die deutsche Erfahrung Entwicklungsmuster für die gleichzeitige Bewältigung tiefgreifender politischer und wirtschaftlicher Reformen? Ein solcher Ausblick ist nicht ungetrübt. Denn die Geschichte zeigt gerade am deutschen und

japanischen Beispiel, daß Nationalismus nicht in harmlosen Dosen verabreichbar ist. Egal ob die Geschichte nun im Hegelschen Sinne zu Ende ist oder nicht, die Gefahr ist nicht ausgeschlossen, daß sie sich in gefährlichen Punkten wiederholt.

Der Gesamteindruck, den WILLIAMS' Buch hinterläßt, ist so vielschichtig wie das Werk selbst. Als Ökonom gehöre ich dem wissenschaftlichen Lager an, von dem der Autor zu befürchten scheint, daß es mit seinen universellen Gesetzmäßigkeiten Japan (und damit vielleicht auch der mit Japan befaßten Wissenschaft?) den Glanz des Besonderen nehmen könnte. Diese Befürchtung teile ich nicht. Die Auseinandersetzung mit Japan ist wichtig, und zwar unabhängig davon, mit welcher Methode man sich ihm nähert. Das Thema Japan in seinen weitreichenden Implikationen lebendig darzustellen, ist dem Autor aufs beste gelungen. Die präzise Fokussierung der westlichen Japandiskussion, aber auch die Deutlichkeit, mit der WILLIAMS selbst Stellung bezieht, bieten eine intellektuelle Herausforderung gerade für diejenigen, die wie ich selbst dem Autor in wesentlichen Punkten widersprechen. Allerdings wird der Leser, der hinter der Fülle an Diskussionsthemen auch klare Argumentationslinien erwartet, enttäuscht. Die angesprochenen Themen werden nicht wohlstrukturiert abgehandelt, sondern schlängeln sich als rote Fäden durch das Gesamtwerk. Die Vielschichtigkeit der Argumentationsebenen macht das Buch nicht unbedingt zu einer leichten Lektüre. Wer sich also von der Thematik und nicht zuletzt auch von der Eloquenz des Autors anstecken läßt, wird das Buch mehrmals in die Hand nehmen müssen.

LITERATURVERZEICHNIS

- BEASON, Richard und David E. WEINSTEIN (1994): *Growth, Economies of Scale, and Targeting in Japan (1955–1990)*. Harvard Institute of Economic Research Discussion Paper #1644.
- FUKUYAMA, Francis (1992): *The End of History and the Last Man*. New York: Avon Books.
- LIST, Friedrich (1922): *Das nationale System der Politischen Oekonomie*. Jena: Gustav Fischer (zuerst erschienen 1841).
- MORRIS-SUZUKI, Tessa (1989): *A History of Japanese Economic Thought*. London: Routledge.